

Taliban verhängen strenge Fensterverbote: Frauenleben gefährdet!

Die Taliban verbieten Fenster in Wohnhäusern, um Frauen im öffentlichen Raum zu kontrollieren. Maßnahmen schrecken die Bevölkerung.

Afghanistan - In Afghanistan wird eine erschreckende neue Regelung von den Taliban eingeführt: Frauen dürfen künftig nicht mehr aus Fenstern ihrer Wohnhäuser sichtbar sein. Hibatullah Akhundzada, der Anführer der Taliban, erließ ein Dekret, das den Einbau von Fenstern, die einen Blick auf Bereiche ermöglichen, die Frauen üblicherweise nutzen, strikt untersagt. So soll verhindert werden, dass Menschen Frauen bei alltäglichen Tätigkeiten wie Kochen oder beim Wasserholen aus dem Brunnen sehen, da dies angeblich zu „obszönen Handlungen“ führen könnte. Dies berichtet [heute.at](#).

Die Vorschrift besagt, dass Neubauten so gestaltet werden müssen, dass sie keine Fenster zu Nachbarhäusern haben, durch die „den Hof, die Küche und andere Orte, die gewöhnlich von Frauen benutzt werden“, eingesehen werden können. Gleichzeitig sind bestehende Fenster nicht mehr erlaubt, wenn sie einen Blick auf diese Bereiche ermöglichen. Hausbesitzer sind nun aufgefordert, Mauern zu errichten oder die Sicht zu blockieren. Die Taliban rechtfertigen dieses Vorgehen damit, dass die Maßnahmen nötig seien, um die „Privatsphäre“ der Frauen zu wahren und sie vor potenziellem Schaden zu schützen. Diese strikte Regel reiht sich nahtlos in das Maßnahmenpaket ein, das seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 die Rechte von Frauen systematisch einschränkt, wie [zeit.de](#) berichtet.

Verschärfung der Frauenrechte

Die Taliban haben nicht nur die Sichtbarkeit von Frauen im Alltag stark reglementiert. Auch weitere Bereiche des Lebens sind betroffen. Beispielsweise wurde Frauen und Mädchen der Zugang zu weiterführenden Schulen und Berufen in Nichtregierungsorganisationen verwehrt. Zudem kündigte das Wirtschaftsministerium an, dass Frauen ohne Ausbildung im medizinischen Bereich arbeiten dürfen und dass für viele Frauen nach wie vor keine Arbeitsgenehmigungen erteilt werden. Diese Maßnahmen haben die internationale Gemeinschaft alarmiert und werden von der UN als „Geschlechter-Apartheid“ bezeichnet. Derartige Richtlinien stellen Frauen vor eine unerträgliche Realität, in der sie zunehmend aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Afghanistan
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.heute.at• www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at